



Politische Ökonomie

Die demokratische Bedarfwirtschaft

Auf dem Weg zu einer postkapitalistischen Gesellschaft – eine Skizze

Der folgende Text skizziert die Konturen einer demokratischen Bedarfwirtschaft (DBW), die über die Begrenzungen und Bedrohlichkeiten des Kapitalismus hinausweist. Ich wende dabei folgende Methode an.

Erstens unterteile ich die Wirtschaft in vier Sektoren, die sich in ihrer Dynamik wesentlich unterscheiden. Diese Sektoren – Service public, Care-Economy, Zukunftswirtschaft (ZW), Privatsektor – werden weiter unten beschrieben. Die Organisation und Lenkung einer demokratischen Bedarfwirtschaft sollen also nicht monostrukturell sein, sondern in diesen vier Bereichen unterschiedlich gestaltet werden.

Zweitens lege ich mich auf folgende vier Leitkriterien fest:

- *Bedarfsorientierung*: Der zentrale Motor des Wirtschaftens soll in der gewollten und gelenkten Erfüllung individueller und kollektiver Bedürfnisse bestehen, nicht im Erzielen möglichst hoher Profite und im Gewinnen möglichst grosser Macht.
- *Demokratische Steuerung*: Die Bedarfsermittlung muss dabei das Ergebnis politischer Prozesse sein, und wenn diese das Interesse der Bevölkerung spiegeln sollen, müssen sie demokratisch erfolgen. Prozesse der Selbstregulation sind erwünscht und werden gefördert, sofern sie einer übergeordneten demokratischen Steuerung zugänglich bleiben und nicht von privaten Interessen dominiert werden.
- *Kooperation vor Konkurrenz*: Die DBW fördert Kooperationen. Ihre wichtigsten Akteure operieren transparent und offen, im Gegensatz zum Rivalitätsprinzip der kapitalistischen Privatwirtschaft, in der die Unternehmen in scharfer Konkurrenz gerade zu jenen Firmen stehen, die ihnen am ähnlichsten sind und sich somit für Kooperationen besonders anbieten würden.
- *Förderung der Initiative von unten*: Die DBW fördert die Eigeninitiative Einzelner oder von Gruppen. Sie ist offen für Prozesse und

Beat Ringger

1955, Zentralsekretär vpod und geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes. Interessenschwerpunkte: Gesundheits- und Sozialpolitik, politische Ökonomie, Psychologie und Fragen der Ideologiebildung.



für Unternehmensbildungen, die von gesellschaftlichen Instanzen möglicherweise initiiert, aber nicht im Detail geplant sind.

Diese vier Leitideen zielen darauf ab, die Vitalität und die Lernfähigkeit von hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaften zu stärken. Sie folgen der demokratischen Prämisse, wonach Menschen nicht nur als Individuen, sondern auch als Kollektiv lernfähig sind. Sie können aus Erfahrungen Schlüsse ziehen und sich in demokratischen Prozessen darauf einigen, wie sie korrigierend eingreifen und Verbesserungen anstreben. Damit diese kollektiven Lernprozesse greifen, braucht es allerdings passende gesellschaftliche Strukturen, die diese Lernfähigkeit ermöglichen und verstetigen.

Diese Skizze hat nicht den Anspruch, vorauszusagen, wie postkapitalistische Gesellschaften beschaffen sein werden. Neue gesellschaftliche Formationen können nur aus den lebendigen sozialen Auseinandersetzungen entstehen, nicht auf dem Papier. Sie nimmt jedoch in Anspruch, plausibel zu machen, dass eine Wirtschaft jenseits des Kapitalismus möglich ist. Sie will gleichzeitig Anstösse vermitteln für eine Wirtschaftspolitik, die sich den kapitalistischen Verwertungskriterien heute schon widersetzt, also in Zeiten, in denen das Kapital dominiert.

Die Konturen einer demokratischen Bedarfsökonomie

Die traumatische Erfahrung des Stalinismus könnte dazu verleiten, eine mögliche Alternative zum Kapitalismus als monostrukturell zu denken: als staatlich-zentralistische Planwirtschaft mit einer unaufhaltsamen Tendenz zur Bürokratisierung. Im Gegensatz dazu geht diese Skizze von vier unterschiedlichen Wirtschaftssektoren aus, die gemeinsam das Gerüst der demokratischen Bedarfsökonomie bilden. Es sind dies

1. der Service public
2. die Care-Economy
3. die Zukunftswirtschaft (ZW)
4. der Privatsektor.

1) Der Service public

Der Service public ist bereits heute, das heisst unter kapitalistischen Verhältnissen, zu beträchtlicher Bedeutung gelangt. Er dürfte in den meisten entwickelten Ländern rund einen Viertel der Wertschöpfung erbringen und einen etwa gleich hohen Beschäftigungsanteil aufweisen. Service public ist Bedarfswirtschaft, nicht Marktwirtschaft. Wie ist es möglich, dass unter gesellschaftlichen Bedingungen, in denen das Kapital ungefährdet dominiert, ein so grosser nicht-kapitalistischer Wirt-



schaftssektor entstehen kann? In der kapitalistischen Wirtschaft bestimmen die Kriterien des Kapitals, was Gewinn ist und was nicht. Gewinn ist zunächst einmal nur, was der Aneignung durch private Firmen und Konzerne zugänglich ist.

Saubere Luft, Gesundheit, Frieden sind zwar für die Allgemeinheit und für alle Einzelnen ein grosser Gewinn, sie lassen sich aber nicht monetarisieren und privatisieren und sind deshalb »ökonomisch uninteressant«. Gewinn entsteht weiterhin nur da, wo eine Differenz zwischen Verkaufspreis und Gestehungskosten erzielt werden kann. Fehlen die Gewinnaussichten, weil zum Beispiel keine kaufkräftige Nachfrage besteht, wird nicht investiert. Deshalb fliesst heute weltweit mehr Kapital in die Entwicklung von Kosmetika als in die Bekämpfung von Tropenkrankheiten. Wirksame Mittel gegen Malaria wären zwar ein hoher Gewinn für die Erkrankten, da diese aber in ihrer grossen Mehrheit zu wenig kaufkräftig sind, bilden sie keinen Gewinn versprechenden Absatzmarkt.

Nun gibt es aber einige individuelle und kollektive Bedürfnisse, deren Erfüllung für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich ist und deren Befriedigung deshalb nicht den Profitkriterien untergeordnet werden kann. Bürgerliche Ökonomen verstehen dies als »Marktversagen«. Was genau dem Service public zugerechnet wird, ist das Ergebnis sozialer und politischer Auseinandersetzungen. Typischerweise zählen dazu folgende Bereiche: Bildung und Forschung; Gesundheitsversorgung; Infrastrukturen für Transport und Kommunikation; Energieversorgung; Abfallentsorgung; Rechtssprechung; Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Die öffentlichen Dienste stehen seit über 20 Jahren unter Privatisierungs- und Deregulierungsdruck. Das hat viel mit den Kapitalüberschüssen auf den Finanzmärkten zu tun. Seit rund 30 Jahren, seit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er-Jahre, gibt es tendenziell zu viel Kapital, einen Mangel an lohnenswerten Investitionsobjekten in der Realwirtschaft. Das Wachstum spekulativer Finanzgeschäfte oder das übergrosse Interesse an Immobilien sind dafür untrügliche Zeichen. Dies schafft eine heikle Situation, in der der Wert der Kapitalien latent bedroht ist. Ein Run auf Immobilien führt zu deren Überbewertung, was über kurz oder lang zu Einbrüchen der Immobilienpreise führt und die Kredit gebenden Banken in beträchtliche Schwierigkeiten bringt. Spekulative Investitionen in immer neue Finanzprodukte destabilisieren die Finanzmärkte und erhöhen ebenfalls die Gefahr von Einbrüchen. Deshalb versucht das Kapital, sich möglichst viele stabile Investitionsbereiche zugänglich zu machen. Das ist der entscheidende Motor hinter den



hartnäckigen Bemühungen, alle lukrativen Bereiche des Service public zu privatisieren und aus dem ›Staatskorsett zu befreien‹.

Mittlerweile wächst jedoch die Erkenntnis, dass Deregulierungen und Privatisierungen in vielen Fällen zu einer Verschlechterung der Qualität führen und die Versorgungsstabilität mindern, nebst all den negativen Folgen für die Beschäftigten. Diese Gefahren wachsen mit dem Grad der Privatisierung und mit dem Konkurrenzdruck in den privatisierten Märkten. Diese Erkenntnis lässt auch das emanzipatorische Potenzial der öffentlichen Dienste wieder deutlicher hervortreten. Der Service public weist potenziell über den Kapitalismus hinaus. Er entspricht einer Ökonomie, die von Bedürfnissen geleitet ist und in demokratischen Verfahren gesteuert werden kann. Service public ist Bedarfsökonomie, die Erfüllung eines Dauerauftrages, der durch die Politik definiert wird. Der Service public muss alle Bereiche umfassen, in denen die Gesellschaft ein hohes Interesse an folgenden Kriterien hat:

- eine hohe, konstante Qualität
- gleicher Zugang zu den Diensten und Produkten für alle
- demokratische Einflussnahme auf den Inhalt der Leistung und die Art der Leistungserbringung
- Stabilität
- flächendeckende Versorgung.

Der öffentliche Dienst kann und muss über seine klassischen Bereiche hinaus konzipiert werden. Zwei Beispiele: Wie lässt sich rechtfertigen, dass die Versorgung mit Medikamenten den privaten Multis überlassen wird? Wäre es angesichts der nicht abbreissenden Kette von Pharmaskandalen nicht längst angezeigt, öffentlich-rechtliche Pharmakonzerne aufzubauen?

Muss – angesichts der immer realer werdenden Klimakatastrophen – die Gestaltung und Abwicklung der Mobilität nicht ebenfalls vorwiegend dem Service public zugeschlagen werden? Müssen wir diese Bereiche nicht dringend nach den Kriterien der Nachhaltigkeit steuern und entwickeln, Kriterien, die sich mit der zügellosen Förderung des individuellen Autoverkehrs nicht vereinbaren lassen? Alternative Konzepte sind längst erprobt, etwa die Kombination von Langsamverkehr, öffentlichem Verkehr und Car-Sharing, eine Kombination, die den Löwenanteil der Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung abdecken könnte.

Der Erbringer der Service-public-Leistungen sollte in der Regel staatlich organisiert sein.

Doch die staatliche Leistungserbringung ist nicht per se gut. Sie muss durch demokratische Steuerung und Kontrolle gesichert werden. Sie



muss gegen Korruption verteidigt und vor manchen Eigeninteressen der Erbringer geschützt werden.

2) Die Zukunftswirtschaft

Service public ist aus zwei Gründen kein durchgängig geeignetes Prinzip des Wirtschaftens. Erstens: Diejenigen Bereiche, die dem Service public zugeordnet werden, sind für die Ausgestaltung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Sie werden in hohem Masse reguliert und standardisiert. Ein solch hohes Mass an gesellschaftlicher Steuerung ist nicht immer erwünscht. Es braucht Formen der Ökonomie, die offen sind für die Initiative von unten, für Kooperationen, für Dynamik und Innovation. Zweitens: Der Service public braucht einen gesellschaftlich legitimierten Auftraggeber und ist deshalb an eine staatliche Gebietskörperschaft gebunden, folgt also einem territorialen Prinzip. Ein demokratisch legitimierter Weltstaat steht jedoch vorderhand nicht in Aussicht. Ansätze zu einem globalen Service public gibt es zwar, sie sind jedoch schwach und verletzlich.

Hingegen gibt es eine Vielzahl von ökonomischen Bereichen, die in internationaler Arbeitsteilung erbracht werden und die dringend von den Fesseln der Gewinnmaximierung befreit werden müssen, wenn die Stärkung der globalen Gerechtigkeit und der Bedarfsorientierung eine Chance haben sollten. Die Stärkung des Service public kann mithin nicht die einzige Basis einer demokratischen Bedarfswirtschaft sein. Wir brauchen Wirtschaftssektoren, die anderen Steuerungsmechanismen gehorchen.

Ein solcher Sektor, den ich Zukunftswirtschaft (ZW) nenne, sei hier skizziert. In fragmentierter Form existiert die ZW bereits heute, etwa in Form von Genossenschaften, Alternativbetrieben, Öko-Firmen. Diese vereinzelt Akteure brauchen allerdings Schutz und Unterstützung, um der Macht der gewinnorientierten Konkurrenten standhalten zu können und aus einem Nischendasein herauszufinden.

Das Konzept

Die Zukunftswirtschaft (ZW) basiert auf Produktionsgemeinschaften (Unternehmen), die sich eine oder mehrere der folgenden Aufgaben stellen:

- Sie entwickeln und produzieren nachhaltige Güter und Dienstleistungen
- Sie ermöglichen und fördern technische, organisatorische und kulturelle Innovationen
- Sie fördern benachteiligte Regionen und Länder



- Sie erproben neue Formen der Zusammenarbeit und Arbeitsorganisation
- Sie befriedigen Bedürfnisse in einer der Allgemeinheit frei zugänglichen Weise (wie zum Beispiel die Internet-Enzyklopädie Wikipedia)

In der Art ihrer Organisation und Arbeitsweise erfüllen die im Rahmen der ZW tätigen Unternehmen folgende Kriterien:

- Sie halten soziale und ökologische Standards ein und garantieren die Rechte der Belegschaften (Gewerkschaftsrechte)
- Buchhaltung und Geschäftsführung sind transparent
- Sie kooperieren mit anderen Unternehmen der ZW
- Sie halten sich an eine Politik offener Patente
- Sie sind an die Zukunftswirtschaft gebunden und dürfen nicht Ableger von Firmen des Privatsektors sein: Kapital wird ausschliesslich über den ZW-Sektor aufgenommen, und Gewinne müssen ebenfalls im ZW-Sektor verbleiben.

Die ZW-Unternehmen brauchen einen geeigneten Förderrahmen. Er kann gedacht werden als eine Art Bank mit gesellschaftlichem Auftrag, deren ›Verwaltungsrat‹ nach demokratischen Verfahren ermittelt wird. Zentrales Element dieses Förderrahmens sind zwei Akkumulationsfonds: ein Aufbaufonds und ein Kreditfonds. Aus dem Aufbaufonds werden A-fond-perdu-Beiträge vergeben, zum Beispiel für Investitionen in der Aufbauphase eines nachhaltigen Herstellungsverfahrens. Aus dem Kreditfonds werden rückzahlbare Kredite gewährt. Die beiden Fonds unterstehen der Oberaufsicht eines demokratisch gewählten Rates, des Zukunftsrates. Dieser Rat wählt die Vorhaben aus, die aus dem Aufbaufonds finanziert werden. Er legt die Regeln fest, nach denen Kredite aus dem Kreditfonds vergeben werden, und führt die Aufsicht über die ZW-Unternehmen. Einlagen in den Aufbaufonds erfolgen im Wesentlichen über Steuergelder oder staatlich erhobene Abgaben, Einlagen in den Investitionsfonds stammen eher aus privaten Mitteln. Der Investitionsfonds funktioniert nach dem Muster einer demokratisch gesteuerten Bank, verfügt über eine Staatsgarantie und kann deshalb als idealer Anlagerahmen für viele so genannte institutionelle Anleger wie etwa Pensionskassen dienen.

Wie steht es um die Nachfrageseite der Zukunftswirtschaft? Wie finden die Produkte und Dienstleistungen der ZW-Unternehmen ihren Absatz? Wird es nicht so sein, dass die Privatwirtschaft dadurch, dass sie die höheren sozialen und ökologischen Standards der ZW-Betriebe nicht erfüllen muss, konkurrenzfähiger produzieren kann – spätestens dann,



wenn die Pionierphase vorbei ist und die Produkte oder Dienste ausge-reift sind? Tatsächlich könnte dies die Achillesferse der ZW sein, solange sie sich gegenüber einem dominanten Privatsektor behaupten muss. Diese verletzbare Ferse kann auf verschiedenen Wegen geschützt werden, beispielsweise, indem ZW-Produkte und -Dienste im Service public und in der öffentlichen Verwaltung privilegiert eingesetzt werden (z.B. Open-Source-Software in öffentlichen Verwaltungen, an Unis, Schulen etc). Oder indem die Unternehmen des Privatsektors verpflichtet werden, die gleichen sozialen und ökologischen Standards einzuhalten, wie sie in der ZW zur Anwendung kommen.

Die offenen Patente

Ein weiterer Baustein der ZW sind offene Patente. Was ist darunter zu verstehen? In den letzten Jahrzehnten hat die Produkte-*Entwicklung* gegenüber der Produkte-*Herstellung* in verschiedenen Bereichen enorm an Gewicht gewonnen, in den informationsbasierten Branchen am ausgeprägtesten. Bei der Softwareherstellung ist die Entwicklung alles und die Produktion nichts. Ist ein Computerprogramm einmal erstellt, verursacht seine Verbreitung über das Internet praktisch keinen Aufwand mehr. Dasselbe gilt für alle digitalisierbaren Informationen: Texte, Bilder, Musik. Ähnlich steht es, wenn auch in geringerer Masse, um die Medikamente. Auch hier dominieren die Entwicklungskosten, während sich die Produktions- und Vertriebskosten nur noch auf einen Bruchteil der Gesamtkosten belaufen. Die Sicherung der Profite lässt sich in solchen Branchen nur mit privaten Monopolen und staatlicher Repression durchsetzen. Patente und Urheberrechte bilden dafür die Grundlage.

Die private Monopolisierung von Informationen und Patenten steht jedoch in wachsendem Widerspruch zu den öffentlichen Bedürfnissen. Beispiel Informatik: Microsoft (MS) besitzt das De-facto-Monopol für PC-Betriebssysteme und Anwendersoftware und erzielt damit Schwindel erregende Profite. Der Programmcode ist nur Microsoft bekannt und öffentlich nicht verfügbar. Dasselbe gilt für die interne Struktur der Dokumente wie Word- oder Excel-Dateien. Dies hemmt die Weiterentwicklung der Software und limitiert deren Qualität beträchtlich. Die fehlende Transparenz ist zudem auch aus demokratischen Gründen inakzeptabel. Sie lässt einen unkontrollierbaren Raum für Manipulationen und verdeckte Überwachungen durch Geheimdienste und Regierungen.

Anders bei der so genannten Open-Software: Der Programmcode ist für jedermann frei zugänglich. Eine unbegrenzte Zahl von Software-Ent-



wicklerInnen können deshalb weltweit an der Herstellung und der ständigen Verbesserung der Software mitwirken, sei es als Privatpersonen, als Studierende oder Angestellte von Instituten und Hochschulen, als Selbstständige oder als Angestellte von Firmen. Microsoft unternimmt nun alles Erdenkliche, um den Open-Source-Programmen den Umgang mit den marktbeherrschenden MS-Dokumentstrukturen und -Programmschnittstellen zu erschweren, denn ihr erstrangiges Interesse besteht darin, die eigene Monopolstellung zu erhalten und auszubauen. Diese Abschottung erschwert die Nutzung von Open-Source-Programmen ganz erheblich.

Eklatant sind die Nachteile des profitorientierten Privateigentums auch im Pharmabereich. Das skandalöse Festhalten der Hersteller von Aids-Medikamenten an ihren hohen Monopolpreisen hat Millionen von Armen, insbesondere in Afrika, ihrem tödlichen Schicksal überlassen. Wenig bekannt ist, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO (World Health Organisation) die Pharmamultis schon seit Jahren drängt, Impfstoffe gegen die Vogelgrippe zu entwickeln – ein Anliegen, das lange Zeit auf taube Ohren stiess, weil den Pharmakonzernen das Geschäftsrisiko zu gross und die Gewinnaussichten zu vage waren. Gegen die patentbasierte Form der Profitsicherung hat sich eine Gegenbewegung herausgebildet, zunächst in der Informatik, neuerdings auch in der Medizin und der Pharmaforschung. Diese Bewegung hat das Konzept der Open-Source-Software, oder allgemeiner: des offenen Patentes, entwickelt.

Das Konzept des offenen Patentes funktioniert wie folgt: Wenn eine Software, ein chemisches Verfahren oder ein Produkt als offenes Patent registriert ist, dann ist jedermann weltweit zur freien Nutzung ermächtigt, das heisst, er darf dieses Produkt oder Verfahren verwenden, auf seiner Basis produzieren und es auch weiterentwickeln. Die einzige Bedingung ist, dass sämtliche Weiterentwicklungen solcher Produkte wiederum als offenes Patent allen zur Verfügung gestellt werden. So kommt eine hohe Dichte an globaler Kooperation zustande. Die vernetzten EntwicklerInnen von Produkten mit offener Patentierung entsprechen also einer Art virtuellem Welt-Entwicklungslabor.

Für diese – in einem kapitalistischen Umfeld überraschende – Form von Ökonomie sind schon verschiedene Begriffe vorgeschlagen worden, etwa ›Digitale Allmend‹ oder ›Geschenkwirtschaft‹. In der Informatik hat die Open-Source-Bewegung ihren Platz behauptet.¹

Im Medizinalbereich und in der Biotechnologie gibt es nun seit einiger Zeit eine vergleichbare Bewegung. Sie geht von ForscherInnen in universitären Labors aus, die nicht akzeptieren, dass ihre Entwicklungen



über kurz oder lang von den Pharmamultis annektiert, das heisst geringfügig geändert und dann als privates Patent registriert werden.

Die globalen Perspektiven

Im Gegensatz zum Service public ist die Zukunftswirtschaft nicht an territoriale Grenzen gebunden. Sie bietet sich als Konzept für eine global wirksame, alternative Wirtschaftspolitik an. Die ZW-Unternehmen können weltweit operieren und Kooperationen eingehen. Auch dafür existieren bereits Vorbilder wie etwa Max Havelaar oder die Bio-Baumwoll-Wertschöpfungskette des Schweizer Detailhandelsunternehmens coop. Coop kontrolliert und vernetzt sämtliche Schritte vom Anbau der Baumwolle über die Produktion der Textilien bis zum Vertrieb und ist in der Lage, die entsprechenden Produkte zum gleichen Preis wie die herkömmlich hergestellten Textilien anzubieten.

Natürlich kann auch das ZW-Konzept auf multinationaler Ebene realisiert werden. Dafür würden Fonds eingerichtet, die von mehreren Ländern gemeinsam finanziert und gesteuert würden. Die dabei entstehenden Strukturen könnten ein wachsendes Gegengewicht zu den heutigen multinationalen Konzernen bilden. Auf diese Weise entstünde ein internationaler Rahmen, um eben diese Multis wieder in gesellschaftliche Vorgaben und Zielsetzungen einzubinden und sie der Kontrolle künftiger internationaler Zukunftsräte zu unterstellen.

Ist die Zukunftswirtschaft eine reine Phantasie, oder gibt es dafür historische Vorlagen? Die überwiegende Mehrheit der erfolgreichen kapitalistischen Nationen kannte lang andauernde Phasen, in denen eine aktive Industriepolitik betrieben wurde, die unserer Idee einer Zukunftswirtschaft in vielen Aspekten ähnlich ist. Der Staat leitete und koordinierte wirtschaftliche Entwicklungen mit einem gesellschaftspolitischen Ziel. Bestimmte Produkte wurden privilegiert und geschützt (Zölle, Fördergelder); der Staat finanzierte kostspielige Entwicklungsprojekte, subventionierte ganze Branchen, garantierte die Abnahme der Produkte und Ähnliches mehr. Diese Politik war ein zentraler Grund dafür, dass einstmals rückständige Nationen ihre Position auf dem Weltmarkt entscheidend verbessern konnten. Dies gilt in ihren Anfängen sowohl für die Industrie Englands als auch der USA. Die wichtigsten Beispiele der letzten 50 Jahre sind Japan, die ostasiatischen Tigerstaaten, Indien und China. Gegenüber der skizzierten Zukunftswirtschaft weisen diese Modelle aktiver Wirtschaftspolitik entscheidende Defizite auf: Ihr Ziel war die Schliessung der Entwicklungslücken gegenüber den produktivsten kapitalistischen Anbietern auf dem Weltmarkt. Soziale und umweltschützerische Anliegen spielten dabei in aller Regel keine Rolle. Auch



zweifelhafte Technologien wurden auf diese Weise zur ›Marktreife‹ gebracht, etwa die Atomkraftwerke. Trotzdem machen diese Modelle deutlich, dass Wirtschaftsprozesse auch unter kapitalistischen Rahmenbedingungen erfolgreich gesteuert werden können.

3) *Care-Economy*

Das Kapital unterwirft sich all jene gesellschaftlichen Bereiche und Tätigkeiten, in denen Gewinne erzielt werden können. Diese Bereiche werden dann zur eigentlichen Ökonomie erhoben. Bereits der Service public gilt der (neo)liberalen Mainstream-Ökonomie nicht mehr so recht als Wirtschaft, weil diese ja mit Marktwirtschaft gleichgesetzt wird. Allerdings handelt es sich beim Service public um Erwerbsarbeit, und die öffentliche Hand rekrutiert ihr Personal auf demselben Arbeitsmarkt wie der Privatsektor. Ebenso beschäftigt sich der Service public unzweifelhaft mit der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen, wenn auch im Allgemeinen eben nicht für einen Markt. Rund die Hälfte aller menschlichen Arbeit fällt nun aber vollends aus dem Wahrnehmungsraster der (neo)klassischen Ökonomie. Gemeint sind all jene ›privaten‹ Tätigkeiten, die der Entwicklung der nächsten Mitmenschen gelten: die familiäre Kinderbetreuung und -erziehung, die private Pflege von Kranken und Behinderten, die tägliche Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen. Um diese Tätigkeiten wieder in eine ökonomische Sicht einzuschliessen, hat sich der Begriff Care-Economy etabliert. Damit wird der Widersinn der gängigen Betrachtungsweise korrigiert, eben der Ausschluss der Hälfte aller Arbeit, die zur täglichen (Wieder-)Herstellung des Wohlstandes erbracht wird, aus allen ökonomischen Überlegungen.

Die Marginalisierung der Care-Economy geht einher mit der gesellschaftlichen Abwertung der in diesem Bereich tätigen Menschen. Davon sind in erster Linie Frauen betroffen. Die Frauen und die wenigen Männer, die ausschliesslich oder zur Hauptsache in der Care-Economy tätig sind, werden in der Frage ihrer Existenzsicherung zu einem Anhängsel von PartnerInnen degradiert, die in der ›eigentlichen‹ Ökonomie tätig sind. Die Änderung dieser Verhältnisse ist unerlässlich, falls die Emanzipation der Frauen nachhaltig gelingen soll.

Einige wesentliche Ansatzpunkte für die Umgestaltung und Aufwertung der Care-Economy sind

- eine markante Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbswirtschaft. In einem ersten Schritt muss es gelingen, die 4-Tage-Woche als Normarbeitszeit zu etablieren und Elternurlaube einzuführen
- eine namhafte Erhöhung der Kindergelder



- eine ebenso markante Verbesserung der familienexternen Kinderbetreuungsangebote, die allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen zugänglich sein müssen
- die Neuregelung der Voraussetzungen, die zum Bezug der Leistungen der verschiedenen Sozialversicherungen berechtigen. Die Tätigkeit in der Care-Economy muss diesbezüglich gleichwertige Ansprüche sichern wie die Erwerbstätigkeit.

Diese Massnahmen sollen die Voraussetzungen schaffen, damit die Wahl, Kinder zu haben, von der Gesellschaft umfassend gestützt wird, und damit Männer und Frauen sich gleichermaßen an der Care-Economy beteiligen.

4) *Die Privatwirtschaft*

Lassen sich mit der Care-Economy, dem Service public und der Zukunftswirtschaft sämtliche sinnvollen Formen der Ökonomie abbilden? Soll eine demokratische Bedarfswirtschaft Raum lassen für einen rein privaten Wirtschaftssektor? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? An diesem Punkt muss ich daran erinnern, dass diese Skizze nur ein gedachtes Produkt, eine ersonnene Welt ist. In Wirklichkeit sind die Gestaltungen und Steuerungen ökonomischer Sektoren und Prozesse immer das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen. Art und Verlauf dieser Auseinandersetzungen lassen sich unmöglich auf dem Reissbrett entwerfen. Nun ist es allerdings unwahrscheinlich, dass die Überwindung des Kapitalismus global synchron verläuft. Privatwirtschaftliche Wirtschaftssektoren werden auch nach der allfälligen Etablierung demokratischer Bedarfswirtschaften weiterexistieren und wirken. Das wird zumindest so lange mit Machtkämpfen einhergehen, als der Privatsektor genügend eigenständige Kraft behält, um restaurative Ambitionen zu erhalten und zu beleben.

Der Kapitalismus ist tendenziell monostrukturell. In seinem Schoss lässt sich kein »naturwüchsiger«, gradueller und kontinuierlicher Prozess für die Entwicklung alternativer Ökonomien installieren. Der Kapitalismus ist in sich selbst zwar eine Ökonomie der Konkurrenz, doch die Konkurrenzierung durch andere Gesellschaftsformen versucht er zu ersticken. Die Überwindung des Kapitalismus ist dementsprechend kein gradueller Prozess, sondern mit Brüchen und Entwicklungssprüngen verbunden. Das heisst nicht, dass es im Rahmen des Kapitalismus kein Potenzial für eine nichtkapitalistische Organisation und Steuerung von Wirtschaftsprozessen gäbe (immerhin umfasst der Service public typischerweise rund einen Viertel der Wirtschaftsleistungen). Diese wird



jedoch stark gehemmt und kann ihr Potenzial nur zu einem Bruchteil entfalten. Erst ein übergeordneter Spurwechsel lässt die Voraussetzungen für das Aufblühen einer postkapitalistischen Ökonomie entstehen. Dieser Spurwechsel ist verbunden mit einem Machtwechsel. Er verlangt nach einer Regierung, die sich diesen Wechsel zum Programm macht und sich auf breite gesellschaftliche Kräfte abstützt, damit die Durchsetzung gelingt.

Ist dieser Spurwechsel einmal erfolgt, wird es mit Sicherheit wünschbar sein, dass ein Teil der Wirtschaft ohne jede direkte staatliche Einflussnahme funktioniert. Allerdings ist klar, dass sich nun jedes Unternehmen nach allgemein gültigen sozialen und ökologischen Standards richtet, wie sie weiter oben im Kapitel zur Zukunftswirtschaft skizziert wurden. Ebenso klar ist, dass Bereicherungen, die offensichtlich zu Lasten der Allgemeinheit erfolgen, steuerlich abgeschöpft werden. Unter diesen Voraussetzungen werden Initiativen, die von der gesellschaftlichen Basis ausgehen, hoch erwünscht sein. Solche Initiativen stehen nun nicht mehr unter dem unerbittlichen Zwang der Profitmaximierung. Die fatale Entfremdung der ökonomischen Prozesse von ihrer gesellschaftlichen Ein- und Zweckbindung fällt weg.

Die Antriebskräfte einer demokratischen Bedarfswirtschaft

Die Erfahrung der despotischen Herrschaft von Staats- und Parteibürokratien in den ehemaligen Ostblockländern und in der Sowjetunion lastet schwer auf den Vorstellungen von Gesellschaften, die den Kapitalismus transzendieren. Anscheinend gibt es als Alternative zum Diktat des Kapitals nur ein anderes Diktat, das einer staatlich-bürokratischen Planwirtschaft. In einem solcherart polarisierten Diskurs stehen sich immer nur Staat und Markt gegenüber. Als entscheidender Antrieb des ökonomischen Handelns werden dabei nur individuelle Nutzenkalküle angenommen, die die Inhalte des Handelns (der Arbeit) auf ein Mittel zum Zweck reduzieren. Solcherlei extrinsische, von ›ausßen‹ geleitete Motive, finden wir auf der Ebene der Unternehmen als Profitmaximierung, auf der Ebene der Arbeitenden als Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, als Zwang zum Erwerb, als Arbeit an der eigenen Karriere, als Anpassung an das Diktat der Unternehmen und der Vorgesetzten. Sowohl im Kapitalismus als auch in bürokratisch-despotischen Gesellschaften werden so laufend Gegensätze erzeugt zwischen der Interessenslage der Individuen und dem, was gesellschaftlich sinnvoll und notwendig wäre.

Eine demokratische Bedarfswirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn



Politische Ökonomie

sie diese Polarisierung überwindet. Dazu bedarf es keineswegs einer durchwegs harmonischen Gesellschaft. Hingegen müssen die Gravitationszentren der Wirtschaftsprozesse so verschoben werden, dass kooperative Lösungen überwiegen – Lösungen, die sowohl individuelle als auch kollektive Anliegen mittragen. Worauf können kooperative Gravitationszentren gründen? Menschen arbeiten nicht nur aus extrinsischen Motiven, auch in der kapitalistischen Ego-Gesellschaft nicht. Sie wollen vielmehr auch in der Arbeit Befriedigung finden. Sie wollen Freude daran haben, sinnvolle Produkte herzustellen oder Dienste zu erbringen. Sie sind interessiert, soziale Verantwortung zu übernehmen. Sie haben Spass daran, in einem Kollektiv selbst gesteckte Ziele zu erreichen.

Ohne solch intrinsische Motive könnte der Kapitalismus keinen einzigen Tag überleben. Allerdings werden diese Motive vom Kapitalismus ständig abgewertet oder instrumentalisiert. Umgekehrt könnte eine demokratische Bedarfswirtschaft ohne die Stützung extrinsischer Motive auch keinen Tag überleben. Anders als der Kapitalismus fördert und stärkt sie jedoch die intrinsischen Anteile in möglichst hohem Mass. Und anders als im Kapitalismus werden extrinsische Motive nach Möglichkeit in die Spuren der Kooperation gelenkt. Der Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung und Auszeichnung spielt dabei keine geringe Rolle. Zentral aber ist eine Wirtschaft, in der Kooperation belohnt und geleistete Arbeit gerecht vergütet wird. Wir brauchen eine Kooperationskultur, in der beständig Win-Win-Entwicklungen angestrebt werden: Entwicklungen, die allen Beteiligten Vorteile bringt. Die Welt kann und muss nicht auf einen Schlag gerecht werden. Hingegen muss sie täglich gerechter werden, als sie es heute ist.

Die Kapitalwirtschaft unterminiert die Wirkungsmacht der politischen Sphäre. Das demokratische Engagement für Ziele, die den Interessen der Wirtschaftsmächtigen nicht entsprechen, ›lohnt‹ sich kaum, weil es wegen der Machtverhältnisse im Regelfall wenig wirksam oder sogar gänzlich unwirksam ist. In einer demokratischen Bedarfswirtschaft wird der zentrale Lebensbereich der Ökonomie der demokratischen Steuerung erschlossen; damit kehren sich die Verhältnisse um, demokratisches Engagement erweist sich nun im Regelfall als wirksam. Die breiten sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte – der Mai 1968, die portugiesische Nelkenrevolution 1974, die Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980/81, um nur einige zu benennen – lassen erahnen, welche enormen sozialen und menschlichen Kräfte befreit werden können, wenn die entscheidende Lücke verkleinert werden kann: die Lücke zwischen der Interessenslage der Individuen und dem, was in demokratischen Pro-



zessen als gesellschaftlich wünschenswert ermittelt wird. Dabei ist es keineswegs nötig, diese Lücke zu schliessen; sie muss nur immer wieder überbrückbar sein.

Anmerkung und Literatur

¹ In der Informatik haben viele Open-Source-Produkte eine hohe Bedeutung erlangt, und sie sind - zumindest in ihren ersten Versionen - praktisch ohne Ausnahme aus nicht kommerzieller Tätigkeit entstanden, was übrigens auch auf sämtliche Basistechnologien des Internets zutrifft. Die bekanntesten Open-Source-Produkte sind die Internet-Basisbausteine, die Unix/Linux-Betriebssysteme, die Open-Office-Suite (die praktisch den gleichen Funktionsumfang aufweist wie die Microsoft-Office-Suite) und etliche Webbrowser wie etwa Firefox. Schranz, Mario (2005): Die Problematisierung des Service public in der Schweiz - Der Anfang vom Ende des neoliberalen Gesellschaftsmodells? In: Imhof, Kurt und Thomas S. Eberle (Hrsg.): Triumph und Elend des Neoliberalismus. Zürich.

Barbrook, Richard (2001): Cyber Kommunismus. In: Maresch, Rudolf und Florian Rötzer (Hrsg.): Cyberhypes. Frankfurt.

Chang, Ha-Joon (2002): Kicking away the ladder - Development Strategy in historical Perspective. London.

Attac Schweiz (Hrsg.) (2005): Service public - Perspektiven jenseits der Privatisierung. Zürich.

Fisher, Roger, William Ury, Bruce Patton (1993): Harvard-Konzept. Frankfurt am Main/New York.

Urs Marti (2006): Demokratie - das uneingelöste Versprechen. Zürich.